

Behörde (Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail, DVR, URL
Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)
Mariahilfer Straße 77-79, 1060 Wien
Telefon: 01/58058-0,
Telefax: 01/58058-9191
E-Mail: rtr@rtr.at
http://www.rtr.at



Vorname und Familienname oder Nachname sowie Wohnort des/der
Beschuldigten

A

Zahl (Bitte bei Antworten angeben!)	Sachbearbeiter/in	Durchwahl	Datum
KOA 1.705/18-011	Mag. Zykan, LL.M.	454	05.09.2018

Straferkenntnis

Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) hat durch Senat I, bestehend aus dem Vorsitzenden Mag. Michael Ogris als Senatsvorsitzenden und den weiteren Mitgliedern Dr. Martina Hohensinn und Dr. Katharina Urbanek, im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht wie folgt entschieden:

Sie haben als Geschäftsführer und somit als gemäß § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz 1991 (VStG), BGBl. Nr. 52/1991 idF BGBl. I Nr. 33/2013 bis 31.03.2017 und idF BGBl. I Nr. 120/2016 ab 01.04.2017, zur Vertretung nach außen berufenes Organ der B in X zu verantworten, dass die B folgende Änderungen in ihren Eigentumsverhältnissen in den unten genannten Zeiträumen nicht bei der Regulierungsbehörde angezeigt hat:

- 1.) die am 29.10.2016 erfolgte Eigentumsänderung im Zeitraum vom 13.11.2016 bis zum 19.04.2017 und
- 2.) die am 09.08.2017 und am 10.08.2017 erfolgten Eigentumsänderungen im Zeitraum vom 25.08.2017 bis zum 21.01.2018.

Sie haben dadurch folgende Rechtsvorschrift(en) verletzt:

§ 27 Abs. 1 Z 2 iVm § 22 Abs. 4 Privatradiogesetz (PrR-G), BGBl. I Nr. 20/2001 idF BGBl. I Nr. 86/2015 iVm § 9 Abs. 1 VStG

Wegen dieser Verwaltungsübertretung(en) wird über Sie folgende Strafe verhängt:

Geldstrafe von Euro	falls diese uneinbringlich ist, Ersatzfreiheitsstrafe von	Freiheitsstrafe von	gemäß
1.) 400 Euro	6 Stunden	Keine	§ 27 Abs. 1 Z 2 PrR-G iVm §§ 16, 19 VStG
2.) 400 Euro	6 Stunden	Keine	§ 27 Abs. 1 Z 2 PrR G iVm §§ 16, 19 VStG

Allfällige weitere Aussprüche (zB über die Anrechnung der Vorhaft, über den Verfall oder über privatrechtliche Ansprüche):

Gemäß § 9 Abs. 7 VStG haftet die B für die verhängte Geldstrafe sowie die Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand.

Ferner haben Sie gemäß § 64 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 – VStG zu zahlen:

80 Euro als Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens, das sind 10% der Strafe, mindestens jedoch 10 Euro (ein Tag Freiheitsstrafe gleich 100 Euro);

Euro als Ersatz der Barauslagen für

Der zu zahlende **Gesamtbetrag** (Strafe/Kosten/Barauslagen) beträgt daher

880 Euro

Zahlungsfrist:

Wird keine Beschwerde erhoben, ist dieses Straferkenntnis sofort vollstreckbar. Der **Gesamtbetrag (Strafe/Kosten)** ist – unter Angabe der **Geschäftszahl** – binnen zwei Wochen auf das Konto der RTR-GmbH, IBAN: AT93 20111 29231280909, BIC: GIBAATWWXXX, zu überweisen.

Erfolgt binnen dieser Frist keine Zahlung, kann der Gesamtbetrag eingemahnt werden. In diesem Fall ist ein pauschalierter Kostenbeitrag in der Höhe von fünf Euro zu entrichten. Erfolgt dennoch keine Zahlung, wird der ausstehende Betrag **vollstreckt** und im Fall seiner **Uneinbringlichkeit** die diesem Betrag entsprechende **Ersatzfreiheitsstrafe** vollzogen.

Begründung:

1. Gang des Verfahrens

Mit rechtskräftigem Bescheid vom 02.05.2018, KOA 1.705/18-006, stellte die KommAustria gemäß § 25 Abs. 1 und 3 PrR-G fest, dass die B die Bestimmung des § 22 Abs. 4 PrR-G dadurch verletzt hat, dass sie die am 29.10.2016, die am 09.08.2017 sowie die am 10.08.2017 erfolgten Änderungen in ihren Eigentumsverhältnissen nicht binnen 14 Tagen ab Rechtswirksamkeit der Abtretung oder Anteilsübertragung der Regulierungsbehörde angezeigt hat.

Die KommAustria leitete in der Folge mit Schreiben vom 22.06.2018 gegen den Beschuldigten wegen des Verdachts, er habe als Geschäftsführer und somit zur Vertretung nach außen berufenes Organ der B in X zu verantworten, dass die B die am 29.10.2016 erfolgte Eigentumsänderung im Zeitraum vom 13.11.2016 bis zum 19.04.2017, die am 09.08.2017 erfolgte Eigentumsänderung im Zeitraum 24.08.2017 bis zum 21.01.2018 sowie die am 10.08.2017 erfolgte Eigentumsänderung im Zeitraum 25.08.2017 bis zum 21.01.2018 nicht bei der Regulierungsbehörde angezeigt hat, ein Verwaltungsstrafverfahren ein und forderte diesen zur Rechtfertigung auf.

Mit Schreiben vom 16.07.2018 nahm der Beschuldigte zu den vorgehaltenen Verwaltungsübertretungen Stellung. Er brachte im Wesentlichen vor, das Unterbleiben der Anzeigen zur Darstellung der geänderten Eigentumsverhältnisse nach § 22 Abs. 4 PrR-G sei einem Kommunikationsproblem zwischen den Gesellschaftern geschuldet gewesen. Diverse Umstrukturierungen bei den Gesellschaftern hätten dazu geführt, dass Informationen zu geänderten Eigentumsverhältnissen nicht – wie zwischen den Gesellschaftern vereinbart sei – an den Beschuldigten weitergeleitet worden seien. Dies habe dazu geführt, dass die Anzeigen nach § 22 Abs. 4 PrR-G versehentlich unterblieben seien. Um derartige Vorfälle künftig zu vermeiden, hätten die Gesellschafter und der Geschäftsführer unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls ein System zur Bekanntgabe von Eigentumsverhältnissen etabliert, das unabhängig von allfälligen Personalveränderungen innerhalb der Gesellschafter lückenlos funktionieren und die Bekanntgabe von geänderten Eigentumsverhältnissen an die Kommunikationsbehörde Austria garantieren werde. Der Beschuldigte sei aufgrund unvorhersehbarer Umstände seitens der Gesellschafter nicht über die Änderungen der Eigentümerverhältnisse informiert worden. Dem Beschuldigten sei keineswegs bewusst gewesen, dass er eine Verwaltungsübertretung begehe. Dem Beschuldigten sei daher – wenn überhaupt – bloß ein geringfügiges Verschulden anzulasten. Auch seien die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität der Beeinträchtigung gering. Der Beschuldigte habe unmittelbar nach Bekanntwerden der Übertretung eine ausführliche Stellungnahme und Bekanntgabe zu den geänderten Eigentumsverhältnissen erstattet. Die verspätete Bekanntgabe der geänderten Eigentumsverhältnisse an die KommAustria habe somit weder einen Umgehungsversuch dargestellt, noch seien sonstige Konstruktionen die Eigentümerstruktur verschleiert worden.

Der Beschuldigte beziehe ein monatliches Bruttoentgelt in Höhe von xxx Euro aufgrund seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der B und verfüge über kein weiteres Einkommen; er sei X.

2. Entscheidungsrelevanter Sachverhalt

Die B war auf Grund des Bescheides des Bundeskommunikationssenats (BKS) vom 18.06.2007, GZ 611.176/0003-BKS/2007, Inhaberin einer Zulassung zur Veranstaltung von Hörfunk im Versorgungsgebiet „Wien 98,3 MHz“ bis 28.06.2017. Sie ist nunmehr auf Grund des nicht rechtskräftigen Bescheides der KommAustria vom 26.04.2017, KOA 1.705/17-008, wiederum Inhaberin einer Zulassung zur Veranstaltung von Hörfunk im Versorgungsgebiet „Wien 98,3 MHz“ für die Dauer von 10 Jahren ab 29.06.2017. Die

aufschiebende Wirkung von Beschwerden gegen diesen Zulassungsbescheid wurde in diesem gemäß § 13 Abs. 2 VwGVG ausgeschlossen.

Auf Grund der Anzeige der B vom 29.02.2016, KOA 1.705/16-001, ergänzt mit Schreiben vom 22.03.2016, KOA 1.705/16-002, sowie den Angaben im Zulassungsantrag der B vom 13.09.2016, KOA 1.705/16-007, waren der KommAustria – soweit vorliegend wesentlich – folgende Eigentumsverhältnisse an der B bekannt:

xxx % der Anteile an der B wurden von der C gehalten, welche zu je xxx % im Eigentum der D und der E stand. Die E stand im Alleineigentum der F.

Danach erfolgten – soweit für den vorliegenden Fall relevant – folgende Änderungen in den Eigentumsverhältnissen:

1.) Auf Grund eines Spaltungs- und Übernahmevertrags vom 02.08.2016 wurden die Geschäftsanteile der G an der E an die H übertragen. Diese Änderung in den Eigentumsverhältnissen wurde gemäß § 17 iVm 14 Abs. 2 SpaltG mit Firmenbucheintragung am 29.10.2016 rechtswirksam. Die H stand im Alleineigentum der I.

Diese Änderung in den Eigentumsverhältnissen wurde der KommAustria erst auf Grund des Zulassungsantrags der B vom 20.04.2017 für das Versorgungsgebiet „Oberösterreich Mitte“, KOA 1.380/17-006, bekannt.

Im Zuge von amtswegigen Ermittlungen wurden der KommAustria zwei weitere Änderungen in den Eigentumsverhältnissen der B bekannt, die bis dahin von der B nicht der KommAustria bekannt gegeben worden waren.

2.) Auf Grund eines Verschmelzungsvertrags vom 21.06.2017 wurde die E auf ihre Mutter H verschmolzen. Diese Verschmelzung wurde gemäß § 96 Abs. 2 GmbHG iVm § 225a Abs. 3 AktG mit Eintragung ins Firmenbuch am 09.08.2017 rechtswirksam.

3.) Auf Grund eines weiteren Verschmelzungsvertrags vom 21.06.2017 wurde die H auf ihre damalige 100%ige Tochter J verschmolzen. Diese Verschmelzung wurde gemäß § 96 Abs. 2 GmbHG iVm § 225a Abs. 3 AktG mit Eintragung ins Firmenbuch am 10.08.2017 rechtswirksam.

Die beiden letztgenannten Eigentumsänderungen fanden im Rahmen ein und derselben Konzernumstrukturierung („zweizügiger Umgründungsvorgang“) statt, sowohl die Einreichung zum Firmenbuch als auch die Eintragung im Firmenbuch erfolgten an aufeinanderfolgenden Tagen. Sie wurden von der B erst mit dem Schreiben vom 22.01.2018 im Rahmen ihrer Stellungnahme zur Einleitung des gegenständlichen Rechtsverletzungsverfahrens bekanntgegeben.

Mit rechtskräftigem Bescheid vom 02.05.2018, KOA 1.705/18-006, stellte die KommAustria gemäß § 25 Abs. 1 und 3 PrR-G fest, dass die B die Bestimmung des § 22 Abs. 4 PrR-G dadurch verletzt hat, dass sie die am 29.10.2016, die am 09.08.2017 sowie die am 10.08.2017 erfolgten Änderungen in ihren Eigentumsverhältnissen nicht binnen 14 Tagen ab Rechtswirksamkeit der Abtretung oder Anteilsübertragung der Regulierungsbehörde angezeigt hat.

Der Beschuldigte ist Geschäftsführer der B, an der er xxx % der Anteile hält. Er bezieht ein monatliches Bruttoentgelt in Höhe EUR xxx auf Grund seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der B und verfügt über kein weiteres Einkommen; er ist xxx. Mit rechtskräftigem Straferkenntnis der KommAustria vom 05.04.2017, KOA 1.705/17-009, wurde gegen den Beschuldigten wegen einer Verwaltungsübertretung gemäß § 27 Abs. 1 Z 2 iVm § 22 Abs. 4 PrR-G iVm § 9 Abs. 1 VStG eine Strafe verhängt.

3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen zu den Zulassungen der B im Versorgungsgebiet „Wien 98,3 MHz“ ergeben sich aus den zitierten Bescheiden des BKS und der KommAustria.

Die Feststellungen zu den der KommAustria zunächst bekannt gegebenen Eigentumsverhältnissen ergeben sich aus der zitierten Anzeige der B vom 29.02.2016, KOA 1.705/16-001, ergänzt mit Schreiben vom 22.03.2016, KOA 1.705/16-002, sowie den Angaben im Zulassungsantrag der B vom 13.09.2016, KOA 1.705/16-007. Die Feststellungen zu den verfahrensgegenständlichen Eigentumsänderungen ergeben sich insgesamt aus dem Zulassungsantrag der B vom 20.04.2017 für das Versorgungsgebiet „Oberösterreich Mitte“, KOA 1.380/17-006, aus dem offenen Firmenbuch sowie dem glaubwürdigen Vorbringen der B in ihrer Stellungnahme vom 22.01.2018 im Rahmen des Rechtsverletzungsverfahrens. Die Feststellung, dass es sich bei den am 09. und 10.08.2017 erfolgten Eigentumsänderungen um Teile ein und derselben Konzernumstrukturierung („zweizügiger Umgründungsvorgang“) handelt, ergibt sich aus den beiden im offenen Firmenbuch veröffentlichten Verschmelzungsverträgen vom 21.06.2017, in welchen übereinstimmend der gesamte zweizügige Umgründungsvorgang dokumentiert ist.

Die Feststellungen zum Schreiben der B vom 22.01.2018 ergeben sich aus dem im Akt des Rechtsverletzungsverfahrens befindlichen Schreiben.

Der Sachverhalt wurde vom Beschuldigten zugestanden.

Die Feststellung zum rechtskräftigen Rechtsverletzungsbescheid der KommAustria vom 02.05.2018, KOA 1.705/18-006, ergibt sich aus dem zitierten Akt der KommAustria.

Die Feststellungen zu den Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnissen des Beschuldigten ergeben sich aus dem insofern glaubwürdigen Vorbringen in der Rechtfertigung vom 16.07.2018.

Die Feststellungen zu der erfolgten Verurteilung des Betroffenen wegen einer Verwaltungsübertretung gemäß § 27 Abs. 1 Z 2 iVm § 22 Abs. 4 PrR-G iVm § 9 Abs. 1 VStG ergeben sich aus dem zitierten rechtskräftigen Straferkenntnis der KommAustria vom 05.04.2017, KOA 1.705/17-009.

4. Rechtliche Beurteilung

4.1. Zuständigkeit der Behörde/Rechtsgrundlagen

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KOG obliegt der KommAustria die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über private Rundfunkveranstalter sowie Verwaltungsstrafverfahren nach den Bestimmungen des PrR-G.

Gemäß § 27 Abs. 1 Z 2 PrR-G begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 2.180 Euro zu bestrafen, wer die Anzeigepflicht nach § 22 Abs. 4 verletzt.

Gemäß § 27 Abs. 5 PrR-G sind die Verwaltungsstrafen von der Regulierungsbehörde zu verhängen.

4.2. Zum objektiven Tatbestand – Verletzung des § 22 Abs. 4 PrR-G

§ 22 Abs. 4 PrR-G lautet:

„(4) Treten Änderungen in den Eigentumsverhältnissen nach Erteilung der Zulassung ein, so hat der Veranstalter diese unverzüglich, spätestens aber 14 Tage nach Rechtswirksamkeit der Abtretung oder Anteilsübertragung der Regulierungsbehörde anzuzeigen. Stehen Anteile des Veranstalters im direkten oder indirekten Eigentum von Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften oder Genossenschaften, so sind auch Änderungen bei deren Eigentumsverhältnissen anzuzeigen.“

Gemäß § 22 Abs. 4 PrR-G hat der Rundfunkveranstalter jegliche Änderung seiner Eigentumsverhältnisse nach Zulassungserteilung der Regulierungsbehörde unverzüglich, spätestens binnen 14 Tagen ab Rechtswirksamkeit der Abtretung oder Anteilsübertragung anzuzeigen.

Sowohl Spaltungen zur Aufnahme (§ 17 iVm 14 Abs. 2 SpaltG) als auch Verschmelzungen (§ 96 Abs. 2 GmbHG iVm § 225a Abs. 3 AktG) werden mit Eintragung im Firmenbuch rechtswirksam. Die am 29.10.2016 rechtswirksame Eigentumsänderung wurde der KommAustria erst im Rahmen des Zulassungsantrags der B vom 20.04.2017 für das Versorgungsgebiet „Oberösterreich Mitte“, KOA 1.380/17-006, bekannt; die beiden anderen Eigentumsänderungen (rechtswirksam am 09. bzw. 10.08.2017) wurden von der B erst im Rahmen der Stellungnahme vom 22.01.2018 bekanntgegeben.

Die verfahrensgegenständlichen Änderungen in den Eigentumsverhältnissen an der Rundfunkveranstalterin wurden somit der KommAustria entgegen § 22 Abs. 4 PrR-G nicht binnen 14 Tagen ab deren Rechtswirksamkeit mitgeteilt.

Es liegen daher, wie mit Bescheid der KommAustria vom 02.05.2018, KOA 1.705/18-006, festgestellt, Verletzungen des § 22 Abs. 4 PrR-G vor. Angesichts des festgestellten Sachverhalts und der rechtskräftig gegenüber der B festgestellten Verletzung des § 22 Abs. 4 PrR-G ist der Tatbestand des § 27 Abs. 1 Z 2 PrR-G in objektiver Hinsicht erfüllt.

Hinsichtlich der Verwirklichung des Tatbilds ist von einem Unterlassungsdelikt mit der Wirkung eines Dauerdelikts auszugehen, bei welchem das strafbare Verhalten erst dann aufhört, wenn der Verpflichtete seiner Pflicht zum Handeln nachkommt, sodass auch die Aufrechterhaltung des rechtswidrigen Zustands pönalisiert ist [vgl. UVS 11.03.2009, UVS-06/34-9386/2008/12, zum insofern vergleichbaren § 9 Abs. 2 PrTV-G (nunmehr AMD-G), mwN].

Im vorliegenden Fall begann das rechtswidrige Unterlassen der Anzeige der Eigentumsänderung vom 29.10.2016 mit Ablauf der Frist gemäß § 22 Abs. 4 PrR-G am 12.11.2016 – 14 Tage nach Eintritt der Rechtswirksamkeit der Anteilsübertragung – und dauerte bis zum Tag vor der Bekanntgabe der Eigentumsänderung im Rahmen des Zulassungsantrags für das Versorgungsgebiet „Oberösterreich Mitte“ vom 20.04.2017, KOA 1.380/17-006, an, sodass von einem Tatzeitraum vom 13.11.2016 bis zum 19.04.2017 auszugehen ist (vgl. Spruchunkt 1.).

Hinsichtlich der am 09. bzw. 10.08.2017 rechtswirksam gewordenen Eigentumsänderungen ist folgendes auszuführen: Entgegen der Aufforderung zur Rechtfertigung ist hier aber nicht von zwei eigenständigen Verletzungen auszugehen, sondern eine tatbestandliche Handlungseinheit anzunehmen:

Nach der jüngeren Judikatur des VwGH liegt nämlich eine wiederholte Tatbestandsverwirklichung dann nicht vor, wenn eine Reihe von rechtswidrigen Einzelhandlungen auf Grund der Gleichartigkeit der Begehungsform und der Ähnlichkeit der äußeren Begleitumstände im Rahmen eines noch erkennbaren zeitlichen Zusammenhangs sowie einer diesbezüglichen gesamtheitlichen Sorgfaltswidrigkeit des Täters zu einer Einheit zusammentreten. Das Vorliegen einer tatbestandlichen Handlungseinheit hat zur Folge, dass der Täter nur eine Tat verwirklicht hat und für diese auch nur einmal zu bestrafen ist. Wie groß der Zeitraum zwischen den einzelnen Tathandlungen sein darf, um noch von einer tatbestandlichen Handlungseinheit sprechen zu können, ist von Delikt zu Delikt verschieden und hängt weiters in besonderem Maß von den Umständen des Einzelfalls ab (vgl. VwGH 03.05.2017, Ra 2016/03/0108). Dieser Judikatur liegt der Gedanke zugrunde, dass Vorsatz und Fahrlässigkeit in einem normativen Stufenverhältnis des Mehr und Weniger stehen (vgl. § 5 Abs. 1 VStG, wonach zur verwaltungsstrafrechtlichen Strafbarkeit fahrlässiges Verhalten „genügt“), womit die Rechtsprechung zum fortgesetzten Delikt im Bereich der Vorsatztaten nicht zur Folge haben kann, dass im Bereich der Fahrlässigkeitsdelinquenz die wiederholte Begehung derselben Verwaltungsübertretung im Rahmen eines noch erkennbaren zeitlichen Zusammenhangs stets allgemein zu einer separaten Bestrafung jeder einzelnen der wiederholt begangenen Taten zu führen hat. Davon ausgehend war in dem dem Verwaltungsgerichtshof vorliegenden Fall für 31 in nahem zeitlichem Zusammenhang zu Zwecken der Direktwerbung versendete E-Mails nur eine Strafe gemäß § 109 Abs. 3 Z 20 iVm § 107 Abs. 2 TKG 2003 zu verhängen.

Wendet man die im genannten Erkenntnis niedergelegten Grundsätze auf den gegenständlichen Fall an, bedeutet dies: Die Eigentumsänderungen vom 09. und 10.08.2017 standen nicht nur in engem zeitlichen,

sondern auch in einem sachlichen Zusammenhang. Ihre Rechtsgrundlage waren zwei Verschmelzungsverträge vom 21.06.2017. Aus beiden ergibt sich, dass diese Verschmelzungen Teil eines zweizügigen Umgründungsvorgangs sind. Beide Verschmelzungen wurden überdies an aufeinanderfolgenden Tagen zum Firmenbuch eingereicht und an aufeinanderfolgenden Tagen ins Firmenbuch eingetragen. Im konkreten Fall geht die KommAustria im Sinne der genannten Judikatur angesichts dieses engen zeitlichen und sachlichen Zusammenhangs davon aus, dass es sich bei der Nichtanzeige dieser beiden Eigentumsänderungen um eine gesamtheitliche Sorgfaltswidrigkeit handelt. Das rechtswidrige Unterlassen der Anzeige der Eigentumsänderungen vom 09. und 10.08.2017 mit Ablauf der Frist gemäß § 22 Abs. 4 PrR-G am 24.08.2017 (14 Tage nach Eintritt der Rechtswirksamkeit der zeitlich späteren Anteilsübertragung am 10.08.2017 im Rahmen des zweizügigen Umgründungsvorgangs, da die einheitliche Tathandlung erst zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen war) und dauerte bis zum Tag vor der Bekanntgabe der Eigentumsänderung mit dem Schreiben vom 22.01.2018, an, sodass von einem Tatzeitraum vom 25.08.2017 bis zum 21.01.2018 auszugehen ist (vgl. Spruchunkt 2.).

4.3. Zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Beschuldigten

Gemäß § 9 Abs. 1 VStG ist für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften durch juristische Personen oder eingetragene Personengesellschaften, sofern die Verwaltungsvorschriften nicht anderes bestimmen und soweit nicht verantwortliche Beauftragte nach § 9 Abs. 2 VStG bestellt sind, strafrechtlich verantwortlich, wer zur Vertretung nach außen berufen ist.

Ein verantwortlicher Beauftragter für die Einhaltung der Anzeigeverpflichtung nach § 22 Abs. 4 PrR-G war nicht bestellt. Demnach trifft den Beschuldigten als zur Vertretung nach außen Berufenen und somit gemäß § 9 Abs. 1 VStG für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften strafrechtlich Verantwortlichen die Pflicht, die Einhaltung der Rechtsvorschriften durch den Hörfunkveranstalter zu gewährleisten. Er hat damit die der B zurechenbare Verwaltungsübertretung zu verantworten. Der Beschuldigte war in den Tatzeiträumen Geschäftsführer der Hörfunkveranstalterin im Sinne des § 9 Abs. 1 VStG, sodass er für die Tatzeiträume für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften – im gegenständlichen Fall der Bestimmung des § 22 Abs. 4 PrR-G – verantwortlich war.

4.4. Zum subjektiven Tatbestand – Verschulden des Beschuldigten

Zur Erfüllung der subjektiven Tatseite muss die Verwaltungsübertretung dem Beschuldigten auch vorzuwerfen sein. Hierbei ist zunächst zu prüfen, ob die gegenständlichen Verwaltungsübertretungen gemäß § 27 Abs. 1 Z 2 iVm § 22 Abs. 4 PrR-G iVm § 9 Abs. 1 VStG als Erfolgsdelikt oder als Ungehorsamsdelikt zu qualifizieren ist.

Hinsichtlich der Ungehorsamsdelikte besteht das Tatbild in einem bloßen Verhalten ohne Merkmal eines Erfolges. § 5 VStG normiert hierzu:

„(1) Wenn eine Verwaltungsvorschrift über das Verschulden nicht anderes bestimmt, genügt zur Strafbarkeit fahrlässiges Verhalten. Fahrlässigkeit ist bei Zuwiderhandeln gegen ein Verbot oder bei Nichtbefolgung eines Gebotes dann ohne weiteres anzunehmen, wenn zum Tatbestand einer Verwaltungsübertretung der Eintritt eines Schadens oder einer Gefahr nicht gehört und der Täter nicht glaubhaft macht, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft.

(2) Unkenntnis der Verwaltungsvorschrift, der der Täter zuwidergehandelt hat, entschuldigt nur dann, wenn sie erwiesenermaßen unverschuldet ist und der Täter das Unerlaubte seines Verhaltens ohne Kenntnis der Verwaltungsvorschrift nicht einsehen konnte.“

§ 5 Abs. 1 VStG legt somit fest, dass für die verwaltungsstrafrechtliche Strafbarkeit – sofern eine Verwaltungsvorschrift über das Verschulden nichts Gegenteiliges anordnet – fahrlässiges Verhalten ausreicht.

Was die innere Tatseite anlangt, ist zunächst festzuhalten, dass es sich bei der vorgeworfenen

Übertretung gemäß § 27 Abs. 1 Z 2 iVm § 22 Abs. 4 PrR-G iVm § 9 Abs. 1 VStG um ein Ungehorsamsdelikt handelt, weil weder der Eintritt eines Schadens noch einer Gefahr vorausgesetzt ist und nichts über das Verschulden bestimmt wird. Bei Ungehorsamsdelikten verlangt die in § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG verankerte widerlegliche Schuldvermutung zu Lasten des Täters, dass dieser von sich aus sein mangelndes Verschulden glaubhaft zu machen hat. Das bedeutet aber, dass der Beschuldigte alles initiativ darzulegen hat, was für seine Entlastung spricht. Dazu bedarf es etwa der Darlegung, dass er im Betrieb ein wirksames Kontrollsystem eingerichtet hat, sodass er unter vorhersehbaren Verhältnissen mit gutem Grund die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften erwarten konnte (vgl. VwGH 27.04.2011, Zl. 2010/08/0172, mwN.). Dabei genügt es nicht, ein derartiges Kontrollsystem abstrakt zu umschreiben. Vielmehr muss ausgeführt werden, wie das Kontrollsystem im Einzelnen funktionieren hätte sollen (VwGH 10.10.2004, Zl. 2004/02/0269), wobei es insbesondere nicht ausreicht, Mitarbeitern Belehrungen oder Dienstanweisungen über die einzuhaltenden Rechtsvorschriften zu erteilen, ohne deren tatsächliche Einhaltung auch zu kontrollieren (vgl. VwGH 04.07.2000, Zl. 2000/11/0123; 25.02.2010, 2008/09/0224). Abgesehen davon muss dargelegt werden, wieso – trotz Vorliegens eines funktionierenden Kontrollsystems – die Übertretung nicht verhindert werden konnte.

Zum Verschulden bringt der Beschuldigte vor, das Unterbleiben der Anzeige zur Darstellung der geänderten Eigentumsverhältnisse nach § 22 Abs. 4 PrR-G sei einem Kommunikationsproblem zwischen den Gesellschaftern geschuldet gewesen. Diverse Umstrukturierungen bei den Gesellschaftern hätten dazu geführt, dass Informationen zu geänderten Eigentumsverhältnissen nicht – wie zwischen den Gesellschaftern vereinbart sei – an den Beschuldigten weitergeleitet worden seien. Dies habe dazu geführt, dass die Anzeige nach § 22 Abs. 4 PrR-G versehentlich unterblieben sei. Um derartige Vorfälle künftig zu vermeiden hätten die Gesellschafter und der Geschäftsführer unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls ein System zur Bekanntgabe von Eigentumsverhältnissen etabliert, das unabhängig von allfälligen Personalveränderungen innerhalb der Gesellschafter lückenlos funktionieren und die Bekanntgabe von geänderten Eigentumsverhältnissen an die KommAustria garantieren werde.

Der Beschuldigte hat mit seinem Hinweis, dass, um derartige Vorfälle künftig zu vermeiden, ein System zur Bekanntgabe von Eigentumsverhältnissen etabliert worden sei, selbst zugestanden, dass im verfahrensgegenständlichen Zeitraum kein solches System eingerichtet war – bzw. auch das bis dahin gepflogene Informationssystem zwischen den Gesellschaftern nicht gegriffen hat – und konnte somit kein funktionierendes Kontrollsystem nachweisen. Die Schuldvermutung gemäß § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG wurde somit nicht widerlegt, sodass davon auszugehen ist, dass der Beschuldigte die Verwaltungsübertretungen nach § 27 Abs. 1 Z 2 PrR-G iVm § 22 Abs. 4 PrR-G iVm § 9 Abs. 1 VStG fahrlässig begangen hat.

4.5. Strafbemessung

Grundlage für die Bemessung der Strafe ist gemäß § 19 Abs. 1 VStG die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat. Gemäß § 19 Abs. 2 VStG sind im ordentlichen Verfahren (§§ 40 bis 46) überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechtes sind die §§ 32 bis 35 des Strafgesetzbuches sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und allfällige Sorgepflichten des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen.

Gemäß § 45 Abs. 1 Z 4 VStG hat die Behörde von der Einleitung oder Fortführung eines Strafverfahrens abzusehen und die Einstellung zu verfügen, wenn die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat und das Verschulden des Beschuldigten gering sind. Gemäß § 45 Abs. 1 letzter Satz VStG kann die Behörde im Fall der Z 4, anstatt die Einstellung zu verfügen, dem Beschuldigten unter Hinweis auf die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens mit Bescheid eine Ermahnung erteilen, wenn dies geboten erscheint, um ihn von der Begehung strafbarer Handlungen gleicher Art abzuhalten.

Die Bestimmung des § 45 Abs. 1 VStG idF BGBl. I Nr. 33/2013 trat insofern u.a. an die Stelle des § 21 VStG vor der genannten Novellierung. Die Erläuterungen zur Regierungsvorlage (ErlRV 2009 BlgNR 24. GP, S. 19) führen dazu aus: „Im vorgeschlagenen § 45 Abs. 1 werden die derzeit in § 21 Abs. 1, § 21 Abs. 1a und § 34 VStG enthaltenen Bestimmungen an systematisch richtiger Stelle zusammengeführt. Der vorgeschlagene § 45 Abs. 1 Z 4 und der vorgeschlagene neue Schlusssatz dieses Absatzes entsprechen im Wesentlichen § 21 Abs. 1.“ Es kann also davon ausgegangen werden, dass mit der dargestellten Novellierung keine inhaltliche Änderung der Bestimmungen zum Absehen von der Einleitung oder Fortführung eines Strafverfahrens beabsichtigt war und insofern auf die Judikatur zum bisherigen § 21 Abs. 1 VStG zurückgegriffen werden kann.

Soweit in § 45 Abs. 1 Z 4 VStG auf die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes Bezug genommen wird, ist dies der Neuformulierung der Bestimmungen über die Strafbemessung (§ 19 VStG) geschuldet (ErlRV 2009 BlgNR 24.GP, S. 18 f). Soweit also nunmehr darauf abgestellt wird, dass „die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung“ gering sein müssen, ersetzt dies das bisherige Tatbestandsmerkmal der unbedeutenden Folgen der Übertretung. Eine inhaltliche Änderung war damit nicht intendiert. Nach ständiger Rechtsprechung des VwGH müssen die beiden in dieser Bestimmung genannten Bedingungen – geringfügiges Verschulden des Beschuldigten und unbedeutende Folgen der Tat (nunmehr: geringe Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und der Intensität seiner Beeinträchtigung) – kumulativ vorliegen, damit von der Strafe abgesehen werden kann (vgl. die bei *Raschauer/Wessely [Hg.]*, VStG, Rz 6 zitierte Judikatur des VwGH). Ein Verschulden des Beschuldigten kann nur dann als geringfügig angesehen werden, wenn das tatbildmäßige Verhalten des Täters hinter dem in der betreffenden Strafdrohung typisierten Unrechts- und Schuldgehalt erheblich zurückbleibt (vgl. z.B. VwGH 10.12.2001 2001/10/0049, VwGH 29.11.2007, 2007/09/0229, VwGH 16.09.2010, 2010/09/0141).

Die Folgen der Taten blieben insofern relativ unbedeutend, als die B die Eigentumsänderungen der Behörde, wenn auch deutlich verspätet, schließlich doch zur Kenntnis brachte und ihr die Beurteilung der Übereinstimmung der Eigentums- und Beteiligungsverhältnisse mit den Bestimmungen des PrR-G möglich machte. Außerdem führten die verfahrensgegenständlichen Änderungen in den Eigentumsverhältnissen des B auch zu keiner nach dem PrR-G verpönten Konstellation. Es liegt jedoch entgegen dem Vorbringen des Beschuldigten kein geringes Verschulden vor: Zweck der Vorschrift des § 22 Abs. 4 PrR-G ist, der Behörde auch nach Zulassungserteilung oder der Anzeige die Beurteilung der Übereinstimmung der Eigentums- und Beteiligungsverhältnisse mit den Bestimmungen des PrR-G (insbesondere der §§ 8 und 9 PrR-G) zu ermöglichen. Eine verspätete Anzeige stellt daher in der Regel einen typischen Fall einer Verletzung des § 22 Abs. 4 PrR-G dar, sodass nicht von einem geringfügigen Verschulden des Beschuldigten ausgegangen werden kann. Im Übrigen scheidet ein Vorgehen nach § 45 Abs. 1 Z 4 VStG mangels geringfügigen Verschuldens jedenfalls dann aus, wenn der Täter eine einschlägige Strafvormerkung aufweist (vgl. VwGH 26.11.1999, Zl. 99/02/0202, mwN). Der Beschuldigte ist einschlägig vorbestraft (vgl. das rechtskräftige Straferkenntnis der KommAustria vom 05.04.2017, KOA 1.705/17-009), sodass im Sinne der genannten Rechtsprechung jedenfalls kein geringfügiges Verschulden vorliegt.

Da die Tatbestandsmerkmale „geringe Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes“ und „Intensität seiner Beeinträchtigung“ sowie „geringes Verschulden“ kumulativ vorliegen müssen, kann im vorliegenden Fall von einer Strafe nicht abgesehen werden.

Die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen. Basierend auf der Angabe des Beschuldigten geht die KommAustria von einem Bruttomonatseinkommen des Beschuldigten in der Höhe von xxx Euro und xxx aus. Als strafmildernd war anzusehen, dass der Beschuldigte in seiner Stellungnahme sowohl das Vorhandensein der objektiven als auch der subjektiven Tatseite eingestanden hat, indem er ausführte, dass die Verspätung der Anzeige auf ein Versehen zurückzuführen sei. Bei der Strafbemessung war erschwerend die einschlägige Verurteilung des Beschuldigten, ebenfalls wegen der Verwaltungsübertretung gemäß § 27 Abs. 1 Z 2 iVm § 22 Abs. 4 PrR-G iVm § 9 Abs. 1 VStG, zu berücksichtigen.

Unter Berücksichtigung des Verschuldensausmaßes, der einschlägigen Vorstrafe und der obigen Ausführungen zur Intensität der Beeinträchtigung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes war die Strafe jeweils von 400,- Euro festzulegen. Die Strafe ist somit am unteren Ende des Strafrahmens angesiedelt (Höchstmaß 2.180,- Euro).

Wird eine Geldstrafe verhängt, so ist gemäß § 16 Abs. 1 VStG zugleich für den Fall ihrer Uneinbringlichkeit eine Ersatzfreiheitsstrafe festzusetzen. Gemäß § 16 Abs. 2 VStG darf die Ersatzfreiheitsstrafe das Höchstmaß der für die Verwaltungsübertretung angedrohten Freiheitsstrafe und, wenn keine Freiheitsstrafe angedroht und nicht anderes bestimmt ist, zwei Wochen nicht übersteigen. Eine Ersatzfreiheitsstrafe von mehr als zwei Wochen ist, wenn keine Freiheitsstrafe angedroht ist, nicht zulässig. Sie ist ohne Bedachtnahme auf § 12 VStG nach den Regeln der Strafbemessung festzusetzen. Die festgesetzten Ersatzfreiheitsstrafen von jeweils sechs Stunden erscheinen der KommAustria mit Rücksicht auf die obigen Ausführungen zur Bemessung der Geldstrafe angemessen.

4.6. Kosten des Strafverfahrens

Gemäß § 64 Abs. 1 VStG ist in jedem Straferkenntnis auszusprechen, dass der Bestrafte einen Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens zu leisten hat. Gemäß § 64 Abs. 2 VStG ist dieser Beitrag für das Verfahren erster Instanz mit 10 % der verhängten Strafe, mindestens jedoch mit je 10,- Euro zu bemessen; bei Freiheitsstrafen ist zur Berechnung der Kosten ein Tag Freiheitsstrafe gleich 100,- Euro anzurechnen. Der Kostenbeitrag fließt der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand der Behörde zu tragen hat.

Vor diesem Hintergrund war auszusprechen, dass der Beschuldigte einen Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens in Höhe von 10 % der verhängten Strafe, somit 80,- Euro, zu leisten hat. Der Gesamtbetrag (Strafe/Kosten) ist – unter Angabe der Geschäftszahl KOA 1.705/18-011 – auf das Konto der RTR-GmbH, IBAN: AT93 20111 29231280909, BIC: GIBAATWWXXX, zu überweisen.

4.7. Haftung der B

Gemäß § 9 Abs. 7 VStG haften juristische Personen und eingetragene Personengesellschaften sowie die in Abs. 3 genannten natürlichen Personen für die über die zur Vertretung nach außen Berufenen oder über einen verantwortlichen Beauftragten verhängten Geldstrafen, sonstige in Geld bemessene Unrechtsfolgen und die Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand. Es war daher auszusprechen, dass die B für die über den Beschuldigten verhängte Geldstrafe sowie Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand haftet.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Rechtsmittelbelehrung:

Sie haben das Recht gegen diesen Bescheid Beschwerde zu erheben.

Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung, das heißt, der Bescheid kann bis zur abschließenden Entscheidung nicht vollstreckt werden.

Die Beschwerde ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich bei uns einzubringen. Wurde der Bescheid mündlich verkündet, ist die Beschwerde innerhalb von vier Wochen nach dessen Verkündung, wenn jedoch spätestens drei Tage nach der Verkündung eine schriftliche Ausfertigung verlangt wurde, innerhalb von vier Wochen nach deren Zustellung schriftlich bei uns einzubringen. Falls Sie innerhalb der Beschwerdefrist die Beigebung eines Verteidigers/einer Verteidigerin beantragen, beginnt die Beschwerdefrist erst mit dem Zeitpunkt zu laufen, in dem der Beschluss über die Bestellung des Rechtsanwalts/der Rechtsanwältin zum Verteidiger/zur Verteidigerin und der anzufechtende Bescheid diesem/dieser zugestellt sind. Wird der rechtzeitig gestellte Antrag auf Beigebung eines Verteidigers/einer

Verteidigerin abgewiesen, beginnt die Beschwerdefrist mit der Zustellung des abweisenden Beschlusses an Sie zu laufen.

Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, und die Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen. Weiters hat die Beschwerde die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist, zu enthalten.

Sie haben das Recht, in der Beschwerde zu beantragen, dass eine öffentliche mündliche Verhandlung durchgeführt wird. Bitte beachten Sie, dass Sie auf Ihr Recht auf Durchführung einer Verhandlung verzichten, wenn Sie in der Beschwerde keinen solchen Antrag stellen.

Die Beschwerde kann in jeder technisch möglichen Form übermittelt werden.

☒ Technische Voraussetzungen oder organisatorische Beschränkungen des elektronischen Verkehrs sind auf folgender Internetseite bekanntgemacht:

<https://www.rtr.at/de/rtr/amtstafel>

Bitte beachten Sie, dass der Absender/die Absenderin die mit jeder Übermittlungsart verbundenen Risiken (zB Übertragungsverlust, Verlust des Schriftstückes) trägt.

Kommunikationsbehörde Austria

Mag. Michael Ogris
(Vorsitzender)